

„In der Behindertenpolitik des 21. Jahrhunderts in Deutschland geht es nicht nur um ein gut ausgebautes Leistungssystem, sondern vielmehr um die Verwirklichung von Menschenrechten durch gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben“

(BT-Drucks. 18/9522, S. 188)



Zur Auswahl eines Bedarfsermittlungsinstrumentes für das Land Bremen

Fachgespräch
am 17.01.2018

Die Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz



Freie
Hansestadt
Bremen

Die Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration
und Sport



Freie
Hansestadt
Bremen

Gliederung:

- 1. Ausgangslage im Land Bremen und Vorgehen**
- 2. Ergebnisse der Recherche relevanter Bedarfsermittlungsinstrumente**
- 3. Nächste Schritte**



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Neue gesetzliche Anforderungen durch das BTHG:

Bedarfsermittlungsinstrument (142 SGB XII / § 118 SGB IX)

- Leistungen sind unter **Berücksichtigung der Wünsche des Leistungsberechtigten** festzustellen



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Neue gesetzliche Anforderungen durch das BTHG:

Bedarfsermittlungsinstrument (142 SGB XII / § 118 SGB IX)

- **Orientierung** an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (**ICF**)
- Beschreibung der **Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe**
- in **9 Lebensbereichen**



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Lebensbereiche = Kapitel der Aktivitäten und Partizipation

1. Lernen und Wissensanwendung
2. Allgemeine Aufgaben und Anforderungen
3. Kommunikation
4. Mobilität
5. Selbstversorgung
6. Häusliches Leben
7. Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen
8. Bedeutende Lebensbereiche
9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Teilprojekt „Bedarfsermittlungsinstrument“ zur Umsetzung des BTHG:

AG-Mitglieder:

Senatorin für Gesundheit, Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer
Beeinträchtigung / Suchterkrankungen Jörg Utschakowski

Senatorin für Soziales, Eingliederungshilfe im Bereich Arbeit und
Beschäftigung Petra Salwender-Horwedel

Senatorin für Soziales, Eingliederungshilfe für Menschen mit geistiger
Beeinträchtigung, Bereich Wohnen Martina Kemme

Gesundheitsamt Bremen, Steuerungsstelle Psychiatrie Eckhardt Lotze

Gesundheitsamt Bremerhaven, Sozialpsychiatrischer Dienst Dr. Uwe Peters



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Anforderungskatalog für das Land Bremen:

- **Gesetzliche Anforderungen**
 - an das Bedarfsermittlungsinstrument
 - Fragen der Einbindung in Gesamt- / Teilhabeplanverfahren



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Anforderungskatalog für das Land Bremen:

- **Fachlich-strategische Anforderungen**

z.B.

- ein Instrument für alle Personenkreise im Erwachsenenalter
- ein Instrument für alle Lebensbereiche
- aktive Beteiligung der Menschen mit Beeinträchtigungen an allen Verfahrensschritten
- fachliche Ansätze (Recovery, Empowerment, Selbstbestimmung) sind umgesetzt
- aus Wünschen und Vorstellungen des Menschen mit Beeinträchtigung werden 1. die Bedarfe und 2. die Leistungen abgeleitet



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Anforderungskatalog für das Land Bremen:

- **Kosten für das Instrument**
 - z.B. Nutzungsrechte, IT-Kosten, Zusatzkosten für Beratung, Einführung & Auswertung, Fortbildung
- **Personalwirtschaftliche Anforderungen**
 - Personalbedarfe für die Bedarfsermittlung (zeitlich, Beschäftigungsvolumen)



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Anforderungskatalog für das Land Bremen:

- **Praktische Anwendbarkeit und Handhabung**
 - für die Leistungsberechtigten
 - im Fallmanagement
 - z.B. externe Bearbeitungsmöglichkeiten / IT-Anwendung
- **Anforderungen der Steuerung / des Controllings**
 - einzelfallbezogene und gesamtsystembezogene Auswertung quantitativ und qualitativ



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Recherche der Bedarfsermittlungsinstrumente in anderen Ländern – BAGüS Abfrage:

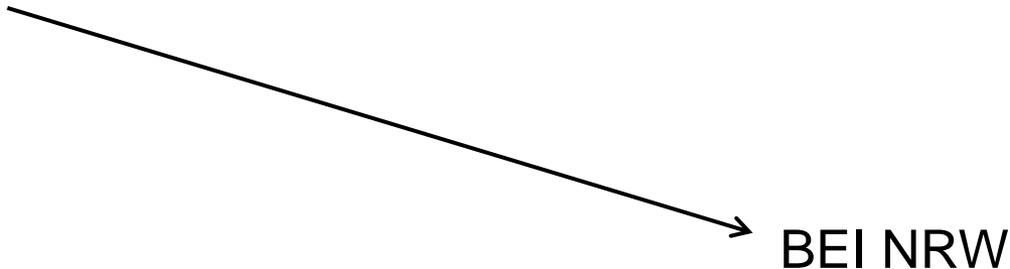
- ITP, Hochschule Fulda – Hessen, Thüringen,
- IHP 3.1 – Landschaftsverband Rheinland
- Teilhabe 2015 – Landschaftsverband Westfalen Lippe
- HMB-W – Bremen, Baden-Württemberg, Niedersachsen (auch HMB-T), Berlin (mit Zeitwerten), Hamburg (mit ICF-Anteilen), Sachsen
- Schlichthorster Modell – Niedersachsen
- THP – Rheinland-Pfalz



1. Ausgangslage und Vorgehen:

Relevante Bedarfsermittlungsinstrumente:

- ITP, Hochschule Fulda – Hessen, Thüringen
- IHP 3.1 – Landschaftsverband Rheinland



2. Ergebnisse der Recherche relevanter Bedarfsermittlungsinstrumente

ITP und BEI-NRW

- Grundstruktur ähnlich:
 - » Ziele und Maßnahmen abgeleitet aus Wünschen des Leistungsberechtigten. Einschätzung der Unterstützungsumfangs nach Zeit. Zielgruppenübergreifend einsetzbar.

ITP Thüringen Seite 1

für den Zeitraum vom bis

1. Sozialdaten

Nachfragende Person:		Nächster Angehöriger (bzw. Nächste Bezugsperson)	
Name <input type="text"/>	Vorname <input type="text"/>	Name <input type="text"/>	Verwandtschaftsstatus <input type="text"/>
Straße <input type="text"/>	<input type="text"/>	Straße <input type="text"/>	Telefon <input type="text"/>
Postleitzahl <input type="text"/>	Wohnort <input type="text"/>	Postleitzahl <input type="text"/>	Wohnort <input type="text"/>
Telefon <input type="text"/>	<input type="text"/>	Wurde ein gesetzlicher Betreuer bestellt oder einer nahestehenden Person Vollmacht erteilt?	
geboren am <input type="text"/>	Geburtsort <input type="text"/>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	
Schulbildung <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> gesetzl. Betreuer <input type="checkbox"/> Bevollmächtigung	
Beruf <input type="text"/>	Staatsangehörigkeit <input type="text"/>	Wenn ja:	
Familienstand / Situation <input type="text"/>	<input type="text"/>	Name <input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	Straße <input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	Telefon <input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	Postleitzahl <input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	Wohnort <input type="text"/>	
Wirkungs- / Aufgabekreis des Betreuers oder der bevollmächtigten Person (siehe Bestellsurkunde):			
<input type="text"/>			

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe. BEI_NRW Bedarfe ermitteln Teilhabe gestalten LVR Qualität für Menschen

Individuelle Bedarfsermittlung - Basisbogen -

Name GP-Nr./Az

BEI_NRW für den Zeitraum von bis

Erstbedarfsermittlung Folgebedarfsermittlung Veränderungsbedarfsermittlung

Erstellt von dem leistungsuchenden oder leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung unter Beteiligung von (Personen) unter Verwendung der Hilfsmittel (technische Unterstützung, Gebärdensprache, Lormen ...)

Antrag stellende bzw. leistungsberechtigte Person

Name: <input type="text"/>	Vorname: <input type="text"/>	Titel: <input type="text"/>	Geburtsdatum: <input type="text"/>
Geschlecht: <input type="text"/>	Nationalität: <input type="text"/>		
Beruf: <input type="text"/>	Familienstand: <input type="text"/>	GP-Nummer/Az: <input type="text"/>	
Anzahl und Alter der Kinder: <input type="text"/>	Anzahl der Kinder im eigenen Haushalt: <input type="text"/>		
PLZ: <input type="text"/>	Ort: <input type="text"/>	Straße: <input type="text"/>	
Telefon: <input type="text"/>	Fax: <input type="text"/>	E-Mail: <input type="text"/>	
Das BEI_NRW wurde gemeinsam erstellt mit/Rückfragen bitte an:			
Name: <input type="text"/>	Vorname: <input type="text"/>	Institution: <input type="text"/>	



2. Ergebnisse der Recherche relevanter Bedarfsermittlungsinstrumente

BEI_NRW

- Eindeutige Hinweise auf persönliches Budget
- Offenes explorierendes Gespräch mit Schwerpunkt auf Relevanzstrukturen des Leistungsberechtigten
- Offenes Instrument „provoziert“ qualifizierte Beschreibung der Bedarfe
- Wenig Zusatzmaterial



3. Nächste Schritte:

1. Auswertung Fachgespräch:

- Arbeitsgruppe gemeinsam mit Frau Prof. Hirschberg

2. Empfehlungen zur Entscheidung über ein Bedarfsermittlungsinstrument an die Hausspitzen Gesundheit und Soziales:

- Empfehlungen zum Instrument
- Empfehlungen zum Verfahren / weiteren Vorgehen

Zielperspektive:

Einsatz eines neuen Instrumentes zum 01.01.2020

